

NW_GERICHTE 25847 vom 16. September 2021

NW Gerichte, 2021-09-16, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/nw_gerichte_25847

FR: NW_GERICHTE 25847 du 16 septembre 2021

IT: NW_GERICHTE 25847 del 16 settembre 2021

Regeste

Definitive Rechtsöffnung (BAZ 21 10)

Erwägungen

E. 1.1

Angefochten ist der Entscheid ZES 21 186 des Kantonsgerichts Nidwalden, Zivilabteilung/ Einzelgericht SchK, vom 21. Mai 2021 betreffend definitive Rechtsöffnung.

Rechtsöffnungs-entscheide sind mit Beschwerde anfechtbar (Art. 309 lit. b Ziff. 3 e contrario in Verbindung mit Art. 319 lit. a ZPO). Die Beschwerdefrist beträgt 10 Tage seit der Zustellung des begründeten Entscheids (Art. 321 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 251 lit. a ZPO). Zur Beschwerde ist berechtigt, wer als Haupt- oder Nebenpartei am Verfahren beteiligt war, das zum angefochtenen Entscheid geführt hat (formelle Beschwerde), und in seiner Rechtsstellung beeinträchtigt ist, d.h. durch den angefochtenen Entscheid unmittelbar betroffen ist und ein Rechtsschutzinteresse

4■9 an dessen Aufhebung oder Abänderung hat (materielle Beschwerde; vgl. DIETER FREIBURGHAUS/SUSANNE AFHELDT, in: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger, ZPO-Komm., 3. A. 2016, N 7 ff. zu Art. 321 ZPO). Beschwerdeinstanz ist das Obergericht Nidwalden (Art. 27 GerG [NG 261.1]), das in Dreierbesetzung entscheidet (Art. 22 Ziff. 2 GerG). Die Beschwerdeführerin ist formell wie materiell beschwert und hat ihre Beschwerde form- und fristgerecht dem örtlich wie sachlich zuständigen Gericht eingereicht. Nachdem auch die übrigen Prozessvoraussetzungen gemäss Art. 59 ZPO erfüllt sind, ist auf die Beschwerde einzutreten.

E. 1.2

Mit der Beschwerde kann die unrichtige Rechtsanwendung oder die offensichtlich unrichtige Feststellung des Sachverhalts geltend gemacht werden (Art. 320 ZPO). Neue Anträge, neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel sind ausgeschlossen (Art. 326 Abs. 1 ZPO). Diese Einschränkungen entsprechen dem Charakter der Beschwerde, in welchem es nicht um eine Fortführung des erstinstanzlichen Prozesses geht, sondern im Wesentlichen um eine Rechtskontrolle des vorinstanzlichen Entscheids. Rügen hinsichtlich der vorinstanzlichen Sachverhaltsfeststellung können nur auf Willkür hin überprüft werden (FREIBURGHAUS/AFHELDT, a.a.O., N 3 zu Art. 326 ZPO).

E. 2.1

Beruhet die Forderung auf einem vollstreckbaren gerichtlichen Entscheid, so kann der Gläubiger beim Richter die Aufhebung des Rechtsvorschlags verlangen (definitive Rechtsöffnung; Art. 80 Abs. 1 SchKG). Gerichtlichen Entscheiden gleichgestellt sind u.a. Verfügungen schweizerischer Verwaltungsbehörden (Abs. 2 Ziff. 2). Das

Rechtsöffnungsverfahren ist ein Urkundenprozess. Die Prüfungszuständigkeit des Rechtsöffnungsrichters umfasst ausschliesslich Fragen im Zusammenhang mit der Tauglichkeit der präsentierten Urkunden. Dem Rechtsöffnungsrichter ist es folglich untersagt, rechtskräftige Entscheide, die als definitive Rechtsöffnungstitel in Frage kommen, in der Sache selbst zu hinterfragen, d.h. er darf sie materiell grundsätzlich weder überprüfen noch auslegen. Ziel des Verfahrens ist nicht die Feststellung des materiellen Bestandes der in Betreuung gesetzten Forderung, sondern lediglich die Anerkennung des Vorliegens einer vollstreckbaren Urkunde dafür. Vorbehalten bleiben Mängel, die zur Nichtigkeit des Vollstreckungstitels führen

5■9 und die der Rechtsöffnungsrichter von Amtes wegen beachten muss. Der Rechtsöffnungsrichter hat insbesondere folgende drei Identitäten zu prüfen: Erstens die Identität zwischen dem Betreibenden und dem auf dem Rechtsöffnungstitel genannten Gläubiger, zweitens die Identität zwischen dem Betriebenen und dem auf dem Rechtsöffnungstitel genannten Schuldner, sowie drittens die Identität zwischen der in Betreuung gesetzten Forderung und derjenigen, die sich aus dem Rechtsöffnungstitel ergibt. Ob ein gültiger Rechtsöffnungstitel vorliegt, prüft das Gericht von Amtes wegen (Urteil des Bundesgerichts 5A_923/2020 vom 1. Juli 2021 E. 3.4.1 mit Hinweisen).

E. 2.2

Der Beschwerdegegner legt den Zahlungsbefehl Nr. xx des Betreibungsamts Nidwalden vom 18. November 2020 ins Recht (vi-GS 1). Als Betreibender ist der Stato del cantone Ticino (Kanton Tessin), als Forderung der Betrag von Fr. 3'381.– («Imposta Cantonale 2017») nebst Zins und Mahngebühr sowie als Betriebene die Beschwerdegegnerin angegeben. Der Beschwerdegegner legt im Weiteren eine Veranlagungsverfügung («Notifica della tassazione decisione su reclamo») ins Recht, versehen mit einer auf den 12. September 2019 datierenden Rechtskraftbescheinigung (vi-GS 2). Als Gläubiger ist der Stato del cantone Ticino (Kanton Tessin), als Forderung der Betrag von Fr. 3'381.– («Imposta Cantonale 2017») sowie als Schuldnerin die Beschwerdeführerin angegeben. Die Identitäten zwischen dem Betreibenden und dem auf dem Rechtsöffnungstitel genannten Gläubiger, zwischen dem Betriebenen und dem auf dem Rechtsöffnungstitel genannten Schuldner, sowie zwischen der in Betreuung gesetzten Forderung und derjenigen, die sich aus dem Rechtsöffnungstitel ergibt, sind gegeben.

E. 2.3

Die Beschwerdeführerin scheint sinngemäss eine Nichtigkeit besagter, in Rechtskraft erwachsener Veranlagungsverfügung vom 12. September 2019 zu rügen. Eine Nichtigkeit ist von Amtes wegen zu prüfen. Aus den Akten ergibt sich ein Schriftwechsel zwischen dem Beschwerdegegner und der Beschwerdeführerin aus dem Zeitraum vom 13. Februar 2019 (vi-GG 1) und dem 17. August 2019 (vi-GG 6). In diesem gewährte der Beschwerdegegner der Beschwerdeführerin mehrfach das rechtliche Gehör. Eine Gehörsverletzung ist nicht erkennbar. Es kann auf die vorinstanz-

6■9 lichen Erwägungen verwiesen werden (dortige E. 5.1 S. 4 f.; vgl. ausführlich Urteile des Bundesgerichts 4A_144/2019 vom 27. Mai 2019 E. 3.3; 4A_419/2017 vom 10. November 2017 E. 4.2.2; 5A_369/2016 vom 27. Januar 2017 E. 3.1; je mit Hinweisen). Die in Rechtskraft erwachsene Veranlagungsverfügung stellt einen tauglichen Rechtsöffnungstitel dar. Im Rechtsöffnungsverfahren ist es dem Rechtsöffnungsrichter untersagt, diesen Entscheid materiell zu prüfen, d.h. in der Sache selbst zu hinterfragen. Hierauf ist nicht

weiter einzugehen.

E. 3.1

Beruhet die Forderung auf einem vollstreckbaren Entscheid eines schweizerischen Gerichts oder einer schweizerischen Verwaltungsbehörde, so wird die definitive Rechtsöffnung erteilt, wenn nicht der Betriebene durch Urkunden beweist, dass die Schuld seit Erlass des Entscheids getilgt oder gestundet worden ist, oder die Verjährung anruft (Art. 81 Abs. 1 SchKG).

E. 3.2

Die Beschwerdeführerin macht weder eine Stundung noch eine Verjährung der in Betreuung gesetzten Forderung geltend.

E. 3.3

Hinsichtlich einer allfälligen Tilgung, die einer definitiven Rechtsöffnung entgegensteht, legt die Beschwerdeführerin im Beschwerdeverfahren erstmals eine Rechnung der Finanzverwaltung Nidwalden, Steuerbezug, vom 30. April 2018 ins Recht, betreffend die Kantons- und Gemeindesteuern 2017, über den Betrag von Fr. 1'658.60 (BF-Bel. E). Gemäss Einschreiben der Finanzverwaltung vom 30. September 2020 hat die Beschwerdeführerin die in Nidwalden fällige Kantons- und Gemeindesteuer 2017 bezahlt (BF-Bel. D). Im Beschwerdeverfahren sind – vorbehältlich besonderer Bestimmungen des Gesetzes (Art. 326 Abs. 2 ZPO) – neue Anträge, neue Tatsachenbehauptungen und neue Beweismittel ausgeschlossen (Art. 326 Abs. 1 ZPO). Eine gesetzliche Ausnahme des strikten Novenverbots im Beschwerdeverfahren ist vorliegend weder erkennbar noch wird sie von der Beschwerdeführerin geltend gemacht. Die Rechnung der Finanzverwaltung Nidwalden, Steuerbezug, vom 30. April 2018 (BF-Bel. E) und das Einschreiben der Finanzverwaltung vom 30. September 2020 (BF-Bel. D) sind somit aus dem 7■9 Recht zu weisen (Art. 326 Abs. 1 ZPO). Es erübrigen sich folglich Weiterungen hinsichtlich des Umstands, dass die Finanzverwaltung Nidwalden nicht Verfahrenspartei und insbesondere nicht die Betreibende ist (hierzu oben, E. 2.2). Der Beschwerdeführerin misslingt folglich der Urkundenbeweis einer Tilgung.

E. 3.4

Die Beschwerdeführerin rügt eine Verletzung des Doppelbesteuerungsverbots (mit Hinweis auf Art. 127 BV), von Treu und Glauben (Art. 9 und 29 BV) und der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 27 BV), zusammengefasst mit der Begründung, sie habe die Kantons- und Gemeindesteuern 2017 bereits im Kanton Nidwalden bezahlt, weswegen sie die Forderung gemäss Veranlagungsverfügung, ausgestellt von der Ufficio esazione e condoni des Kantons Tessin, nicht mehr zahlen müsse. Die Tilgung der fraglichen Forderung ist nicht mittels Urkunden bewiesen (siehe oben, E. 3.3). Es ist nicht erkennbar, inwiefern oder wodurch der Beschwerdegegner gegen die Verfassung verstossen haben könnte. Im Übrigen ist es dem Rechtsöffnungsrichter untersagt, einen tauglichen Rechtsöffnungstitel materiell zu prüfen, d.h. in der Sache selbst zu hinterfragen. Weiterungen erübrigen sich.

E. 4

Im Übrigen kann vollumfänglich auf die Begründung im vorinstanzlichen Entscheid verwiesen werden (Urteile des Bundesgerichts 4A_144/2019 vom 27. Mai 2019 E. 3.3;

4A_419/2017 vom 10. November 2017 E. 4.2.2; 5A_369/2016 vom 27. Januar 2017 E. 3.1; je mit Hinweisen).

E. 5

Zusammengefasst ergibt sich, dass die Beschwerde unbegründet und demnach vollumfänglich abzuweisen ist.

E. 6.1

Die Prozesskosten umfassen die Gerichtskosten und die Parteientschädigung (Art. 95 Abs. 1 lit. a und b ZPO). Sie werden der unterliegenden Partei auferlegt (Art. 106 Abs. 1, erster Satz ZPO).

8■9

E. 6.2

Die vorinstanzlichen Verfahrenskosten von Fr. 250.– sind nur pauschal angefochten und werden bestätigt. Das obere Gericht, an das eine betreibungsrechtliche Summarsache weitergezogen wird, kann für seine Entscheidung eine Gebühr erheben, die höchstens das Anderthalbfache der für die Vorinstanz zulässigen Gebühr beträgt (Art. 62 Abs. 1 GebV SchKG [SR 281.35]). Der Gebührenrahmen vor Vorinstanz betrug Fr. 50.– bis Fr. 300.– (Art. 48 GebV SchKG), womit im vorliegenden Verfahren Gebühren bis Fr. 450.– möglich sind. Die Gebühren für das vorliegende Verfahren werden ermessensweise auf Fr. 375.– festgesetzt, ausgangsgemäss der Beschwerdeführerin auferlegt, mit ihrem Kostenvorschuss in nämlicher Höhe verrechnet und sind bezahlt.

E. 6.3

Die Beschwerdeführerin ist nicht zu entschädigen (Art. 106 Abs. 1 e contrario ZPO). Dem Beschwerdegegner sind im vorliegenden Verfahren keine nennenswerten Aufwendungen entstanden, und er obsiegt in seinem amtlichen Wirkungskreis. Er ist demnach nicht zu entschädigen.

9■9 Demnach erkennt das Obergericht:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.